

GdP digit@l



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI e.V.



Landesbezirk
Baden-Württemberg

Ausgabe-Nr. 29
19.07.2010

Urteil Rüstzeit:
**Das Anlegen der
Dienstuniform gehört
zur Dienstzeit eines
Polizisten**
(Titelseite)

Presse-Spiegel:
Konrad Freiberg,
Polizist und
Gewerkschaftschef
vor dem Rückzug ins
Private
(Seite 2)

GdP zum
Prozessauftakt gegen
sogenannte
S-Bahn-Mörder:
Freiberg:
**Der Gewalt-Debatte
muss konkretes
Handeln folgen**
(Seite 2)

GdP vor Ort:
**Besuch bei der
Landespolizeidirek-
tion Ludwigsburg
und Schwäbisch Hall**
(Seite 3)



Impressum:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Baden-Württemberg e.V.
Maybachstraße 2,
71735 Eberdingen
Tel.: 07042/879-0
Fax: 07042/879211
redaktion@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de

Redaktion:
Thomas Mohr



Nun hat ein Gericht entschieden. Das Anziehen der Uniform vor Dienstbeginn ist Arbeitszeit.

Foto: © TM (GdP)

Urteil Rüstzeit:

Das Anlegen der Dienstuniform gehört zur Dienstzeit eines Polizisten

Das Verwaltungsgericht Münster hat durch ein Urteil am 01.07. 2010 festgestellt, dass ein Polizist durch das Aufrüsten vor Schichtbeginn, das heißt unter anderem durch das Anlegen der Uniform, und das entsprechende Abrüsten nach Schichtende Arbeitszeit erbringt. Nach Maßgabe der vom Dienstherrn konkretisierten Pflicht, den Dienst „aufgerüstet“ zum Schichtbeginn anzutreten, beginne mit der Arbeitszeit des Klägers nicht erst mit dem Antritt zur Schicht, sondern bereits mit dem Be-

ginn der notwendigen Aufrüsttätigkeit unmittelbar vor Schichtbeginn. Die Uniform stelle für den Polizeivollzugsbeamten keinesfalls eine dem reinen Privatbereich zuzuordnende Kleidung dar, sondern eine allein auf Gewährleistung von Schutz und Sicherheit ausgerichtete Ausrüstung.

Die Entscheidung wurde am 13.07.2010 unter dem Aktenzeichen 4 K 1753/08 veröffentlicht und ist noch nicht rechtskräftig.

Gut, dass es sie gibt! Gewerkschaft der Polizei.



Quelle: Stuttgarter Zeitung

Er hat einen Lieblingssatz, und der heißt: „Das will ich einmal ganz deutlich sagen.“ Gut, das behauptet in Politik und Verbandswesen mancher von sich und speziell dann, wenn er viele Worte macht, ohne dabei etwas zu sagen. Doch das kann man von Konrad Freiberg, dem scheidenden Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wirklich nicht behaupten. Seine Botschaft ist stets klar und knapp, seine verbale Artillerie von schwerem Kaliber. Wie das bei dieser Waffengattung so ist, sind die Treffer schwer, aber nicht in jedem Einzelfall zielgenau. So könnte Freibergs jüngste Forderung nach Sondergesetzen bei Gewalt gegen Polizisten, die angeblich immer schlimmer werde (aber sagte die GdP das nicht schon zu Zeiten von Wackersdorf und Startbahn West?), die falschen Prioritäten setzen: Wenige Tage zuvor hatte *amnesty international* der deutschen Polizei nämlich ein wenig vorteilhaftes Zeugnis ausgestellt, dem zufolge, freundlich gesagt, zu viele Beamte mit dem Schlagstock etwas zu locker bei der Hand sind.

Dennoch geht mit dem 58-jährigen Hamburger Freiberg, der sich im November in den Ruhestand zurückziehen wird – Nachfolger soll sein Vize Bernhard Witthaut werden –, kein Hardliner. Er war als GdP-Chef zehn Jahre lang sogar ein Gegengewicht zu einer Politik, für die, allzu oft, nur das verschärfte Gesetz ein gutes Gesetz ist. Er teilt nicht die An-



Foto: dpa

Konrad Freiberg Polizist und Gewerkschaftschef vor dem Rückzug ins Private

sicht, durch immer mehr Sicherheit garantierte der Staat die Freiheit. Das mag daran liegen, dass Freiberg 1968 zur Polizei kam als ein junger, von Willy Brandt überzeugter Sozialdemokrat – und wie dieser entschlossen, mehr Demokratie zu wagen, und sei es im eigenen Apparat. Der war noch straff militärisch organisiert und von Veteranen beherrscht, die sehr wenig Gefallen an langhaarigen Nachwuchspolizisten hatten; erst recht nicht, wenn diese Initiativen zur Abschaf-

fung des militärischen Grußes und der Kriegswaffen bei der Polizei ins Leben riefen. „Ich habe damals in der Ausbildung noch Handgranaten geworfen und mit dem MG geschossen“, sagt Freiberg, „und mich gefragt: Was soll das?“

Gerade nach dem 11. September, als Furcht und Hysterie um sich griffen, blieb Freiberg besonnen. Er widersetzte sich mit Erfolg allen Plänen, der Bundeswehr Aufgaben im Inland zu übertragen oder die klare Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten zu verwässern. SPD-Innenminister Otto Schily grüßte ihn bei Beamtentreffen gern mal mit einem Knurren, das man durchaus als Respekt vor einem lästigen Widersacher werten konnte. Freiberg warnt, damals wie heute: „Die ewigen Forderungen nach härteren Gesetzen sollen oft nur über-tünchen, wie der Staat tatsächlich in die Polizei zu investieren bereit ist – letztlich zu Lasten der Sicherheit.“ Abbau von Stellen, Schließung von Wachen auf dem Land, als Reform getarnte Kürzungen an Geld, Ausrüstung und Personal: „Wir haben heute 10 000 Polizisten weniger als früher, aber mehr Gesetze.“ Kein Zweifel, umgekehrt wäre es ihm lieber.

Jetzt muss, oder will, er loslassen. Freiberg hat spät geheiratet, aber einen Job, der das Privatleben auffressen und mit sich bringen kann, dass man 250 Nächte im Jahr in Hotelzimmern schläft. Er hat sich nun entschieden. *Joachim Köppner*

GdP zum Prozessauftakt gegen sogenannte S-Bahn-Mörder Freiberg: Der Gewalt-Debatte muss konkretes Handeln folgen

Berlin. Anlässlich des heutigen Prozessauftakts gegen die sogenannten-S-Bahn-Mörder von München mahnt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die Debatte über die fortschreitende Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppen, die zunehmende Skrupellosigkeit im Umgang miteinander, die massive Gewaltausübung auch gegenüber Polizeibeamten nicht nur in parlamentarischen Elfenbeintürmen zu führen. Mit konkreten Maßnahmen wie örtlichen Alkoholverboten, Einschränkungen beim Alkoholverkauf und Investitionen in Personal beispielsweise in der Sozialarbeit und den Ordnungsämtern könne diese besorgniserregende Entwicklung zumindest verlangsamt werden.

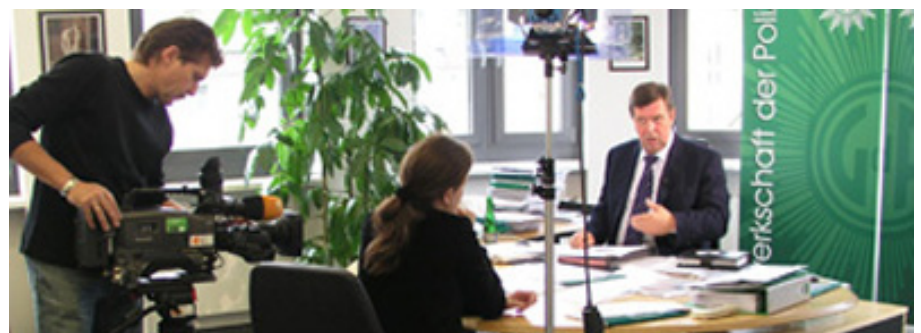
Freiberg: „Angesichts der Finanzmisere in den Haushalten ist eine solche Forderung wohl nicht sehr schnell umzusetzen. Jetzt stehen die Kämmerer mit leeren Händen da und hoffen, dass es nicht noch schlimmer wird. Nun rächt sich, dass viele Jahre lang, notwendige Mittel für Jugendsozialarbeit, Stadtentwicklung und Ordnungsaufgaben heftig beschnitten wurden.“

Mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sei ein Vabanquespiel betrieben worden. Einerseits wurde auf die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft vertraut, andererseits auf die Polizei verwiesen, die aber ebenso seit Jahren massivem Sparen ausgesetzt sei.

Freiberg: „Länder und Kommunen dürfen sich nicht mehr wegducken. Prävention ist teuer, aber wenn man sie schleifen lässt, dann kommt es einem später teuer zu stehen. Leidtragende sind dann nicht die politisch Verantwortlichen, sondern in erster

Linie die Menschen in ihrem alltäglichen Leben.“ Auch die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, so der GdP-Bundesvorsitzende, müssten ihr Scherflein dazu beitragen, mehr Sicherheit zu gewährleisten. Es sei aber nicht damit getan, noch mehr Videokameras zu installieren.

Freiberg: „Videokameras brauchen keinen Urlaub, arbeiten rund um die Uhr und verlangen kein Weihnachtsgeld, doch Reisende wollen in Notsituationen einen direkten Ansprechpartner und keine Kameralinse.“





Besuch bei der PD Ludwigsburg...

Der GdP-Vorsitzender Rüdiger Seidenspinner besuchte sozusagen die Heimat-PD der GdP Baden-Württemberg.

Der PD-Leiter, Ltd. PD Frank Reholz, sein Vertreter PD Christian Ostertag und die Leiterin der Kriminalpolizei KORin Mechthild Mayer, diskutieren mit dem GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner nicht nur aktuelle Themen, wie die Dienstrechtsreform und die Anwendung der europäischen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien, sondern auch über die besonderen Probleme hinsichtlich des Altersaufbaus der Polizei im Allgemeinen und der PD Ludwigsburg im Besonderen.

Nach Abschluss des Gespräches war man sich einig, einen solchen Informationsaustausch zukünftig intensiver zu betreiben.



Foto v.l.: Kriminaloberrätin Mechthild Mayer, Leitender Polizeidirektor Frank Reholz, Rüdiger Seidenspinner und Polizeidirektor Christian Ostertag.

... und beim Polizeirevier Schwäbisch Gmünd



Rüdiger Seidenspinner mit POR Helmut Argauer

Bei einem Besuch beim Polizeirevier Schwäbisch Gmünd nutzte der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner die Gelegenheit, mit dem Revierleiter Helmut Argauer intensiv die Probleme im höheren Dienst zu besprechen.

Gerade der Stau im Bereich der Kriminal- und Polizeioberräte trägt nicht unbedingt zur Attraktivität der Laufbahn des höheren Dienstes bei. Auch die unausgewogene Stellenbewertung macht deutlich, dass die von seitens der GdP geforderte Parallelverschiebung der gesamten Polizei unabdingbar ist.

Es bringt nichts einzelne Positionen höher zu bewerten und anderen damit zu dokumentieren, dass sie halt noch nicht dran sind. Vielmehr ist es erforderlich, dass die gesamte Polizei in den bestehenden Strukturen eine bessere, höhere

Bewertung erfährt. Wenn es uns nicht gelingt alle, also die gesamte Polizei in der bestehenden Besoldungs- und Vergütungsordnung als Paket nach oben zu schieben, haben wir alle verloren.

Ein PD-Leiter in A 16 ist ebenso unter Wert bezahlt, wie ein Streifendienstbeamter in A 8.

Eine Angestellte im Schreibdienst der Polizei ist doch nicht mit einer Schreibkraft des Landesdenkmalamtes zu vergleichen.

Deshalb benötigen wir eine bessere Gesamtbewertung der Polizei. Alle Vergleiche mit anderen Bereichen der Landesverwaltung haben erst dann Gültigkeit, wenn deren Arbeitszeit, Arbeitsbelastung, Verantwortung und Zuständigkeit mit der, der Polizei übereinstimmt.

Nur gemeinsam sind wir stark!



Wollen Sie Mitglied der GdP werden?

Dann sind Sie hier genau richtig!

Wir würden uns freuen, Sie als neues Mitglied bei der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Baden-Württemberg - begrüßen zu dürfen.

Beitrittsformulare anfordern:
info@gdp-bw.de

